

# Persönlichkeitsschutz des Kindes, höchstpersönliche Rechte und Grenzen elterlicher Sorge im Rahmen medizinischer Praxis

Das Beispiel von Varianten der Geschlechtsentwicklung und DSD

Mirjam Werlen

2014, Stämpfli Verlag

I Christina Hausamman\*

Dass Kinder mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen auf die Welt kommen, ist weitherum bekannt. Wenig indessen setzt sich die Medizin oder etwa auch die Rechtswissenschaft mit dem Schicksal dieser Kinder auseinander. Hier füllt die Dissertation der Juristin Mirjam Werlen eine grosse Lücke. Im Zentrum ihrer Forschung steht – wie der Titel der Publikation ausdrückt – die Frage, wie die Rechte des Kindes vor unnötigen medizinischen Eingriffen, wie sie bis heute praktiziert werden, geschützt werden und die Betroffenen vor massiven und traumatisierenden Eingriffen in ihre physische und psychische Integrität bewahrt werden können. Während früher die Medizin – häufig ohne umfassende Aufklärung der Eltern – entsprechende 'Heilbehandlungen' bereits an den Säuglingen vollzogen hat, steht heute die Frage im Raum, wie weit die Inhaber\_innen der elterlichen Sorge über entsprechende Eingriffe und damit die Zuweisung eines möglichst 'eindeutigen' Geschlechts bestimmen können.

Mirjam Werlen zeigt vorerst detailliert und differenziert die Problematik in all ihren Facetten auf. Sie stellt die vielfältigen Syndrome, welche unter den Oberbegriff "Varianten der Geschlechtsentwicklung" fallen dar, ebenso die Entwicklung der Praxis und der Lehrmeinungen zur medizinischen Behandlung und problematisiert dabei auch die der medizinischen Praxis zugrunde liegenden Gesundheits- bzw. Krankheitskonzepte. Sie weist zudem auf die sozialen Aspekte hin und macht deutlich, dass die Eltern dieser Kinder sich dem Druck ausgesetzt sehen, die Kinder weit möglichst vor (vermeintlicher) Stigmatisierung durch das soziale Umfeld aufgrund der 'Geschlechtsuneindeutigkeit' zu bewahren und ihnen ein Aufwachsen als 'normales', klar einem Geschlecht zugeordnetes Kind zu ermöglichen. Sie weist dabei gleich zu Beginn der Arbeit darauf hin, dass die Krux in der auf die Zweigeschlechtlichkeit beschränkte Sicht unserer Gesellschaft liegt: "Der Mensch ist entweder männlich oder weiblich, Knabe oder Mädchen – die berühmte erste Frage der Verwandten. Die Uneindeutigkeit oder die Aussage 'die sexuelle Differenzierung des Geschlechts erfolgte uneindeutig' hält dieses Denken aufrecht. Das gilt auch für die Begriffe «Zwitter» oder «intersexuell» oder «zwischen Geschlechtlich»: Sie benennen ein unsichtbares Dazwischen, ein «Bezogen auf männlich oder weiblich» und nicht etwas Eigenständiges.

Nach ihrem Verständnis ist Geschlecht allerdings kein «Entweder-oder», keine Konstante, sondern eine Variation oder Variante. Es gibt in diesem Sinne nicht *das* Geschlecht, sondern viele Geschlechtsmarker. Diese können biologisch, soziokulturell und psychisch variieren und sind [...] auch zeitlich unbeständig." (S. 19).

Der zweite Teil der Arbeit widmet sich den bestehenden Rechtsgrundlagen des internationalen und nationalen schweizerischen Rechts zum Schutz des Kindes auf körperliche Integrität, auf Schutz seiner Persönlichkeitsrechte und auf Selbstbestimmung. Ebenfalls wirft Werlen einen Blick auf das Recht auf einen Namen. Sie geht der Frage nach, wie die Vornamenswahl in der Schweiz bei Kindern mit einer biologischen Geschlechtsvariante geregelt ist, bzw. ob der Vorname gemäss der gelebten Geschlechtsidentität geändert werden kann. Im Zentrum allerdings steht zur Diskussion, welche rechtlichen Instrumente zur Verfügung stehen, um das Kind einerseits vor unnötigen medizinischen geschlechtszuweisenden oder geschlechtskorrigierenden Eingriffen zu schützen, andererseits ihm aber auch notwendige Behandlung zukommen zu lassen. Dabei wird generell die Frage der elterlichen Vertretung des Kindes und deren Grenzen, wie sie insbesondere im Zivilgesetzbuch (Art. 12-19d) normiert wurde, ausführlich behandelt (Teil 3). Im vierten Teil fasst sie die Ergebnisse zusammen. Einfache Lösungen können dabei nicht erwartet werden. Aufgezeigt wird, wie im Einzelfall abgeklärt werden muss, ob eine stellvertretende Einwilligung in eine Behandlung zulässig oder geboten erscheint.

Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeit dazu beiträgt, dass sich sowohl Fachleute des Gesundheitsbereichs wie auch der Kindesschutzbehörden der Problematik bewusst werden und sich – zusammen mit den Eltern – für die körperliche Integrität des Kindes einsetzen. Und dass im Falle von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung, von unnötigen, für die Betroffenen meist äusserst traumatisierenden Behandlungen abgesehen wird.

\*Christina Hausamman, lic. iur., ist Leiterin des Bereichs Geschlechterpolitik des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte SKMR, der am IZFG angesiedelt ist, und Co-Geschäftsleiterin des Vereins humanrights.ch.